

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 45
Wolfram Brunner

PolitikKompass

Gespaltenes Meinungsklima

**Außen- und Sicherheitspolitik verdeckt Unzufriedenheit in den Bereichen
Wirtschaft und Arbeit**

Sankt Augustin, November 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

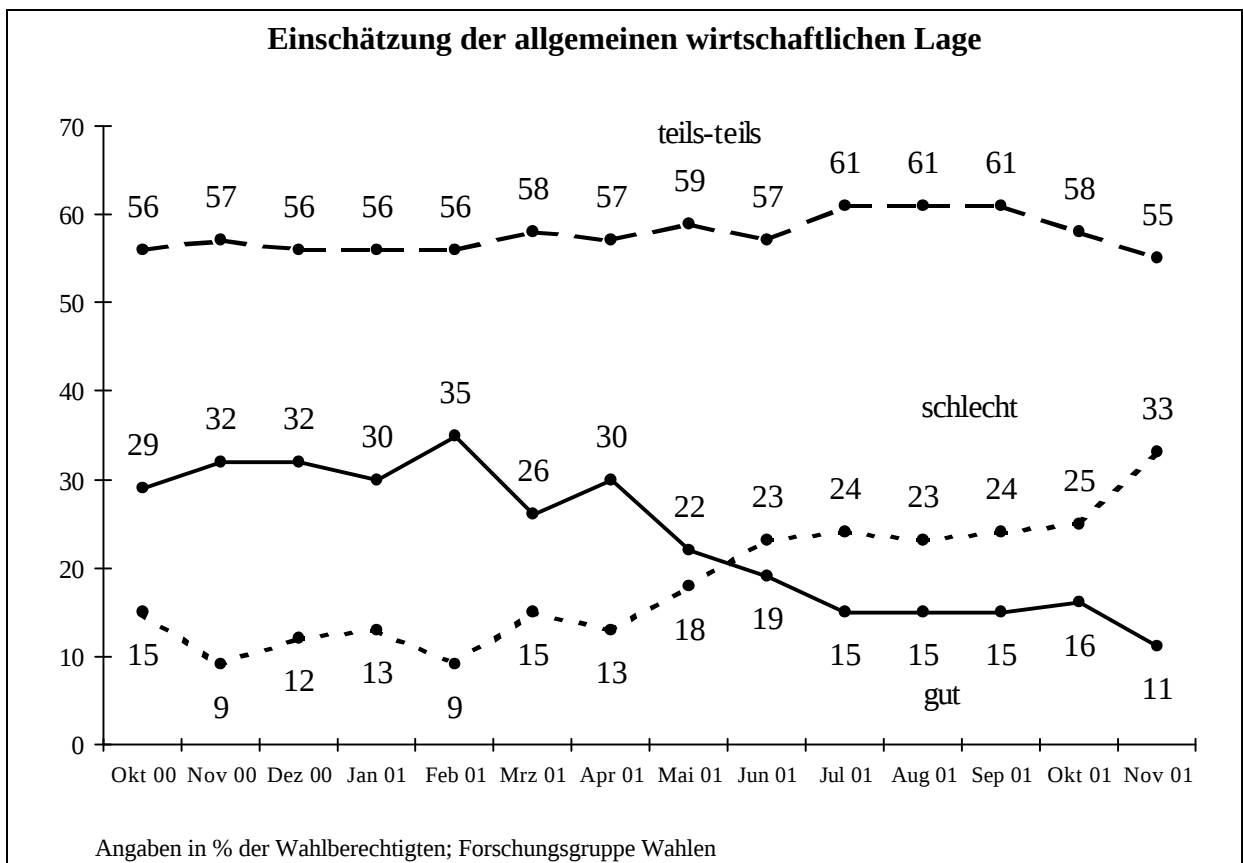
Wolfram Brunner
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und
Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-574
E-Mail: wolfram.brunner@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

1. Die wirtschaftsbezogenen Wahrnehmungen der Deutschen haben sich massiv verschlechtert

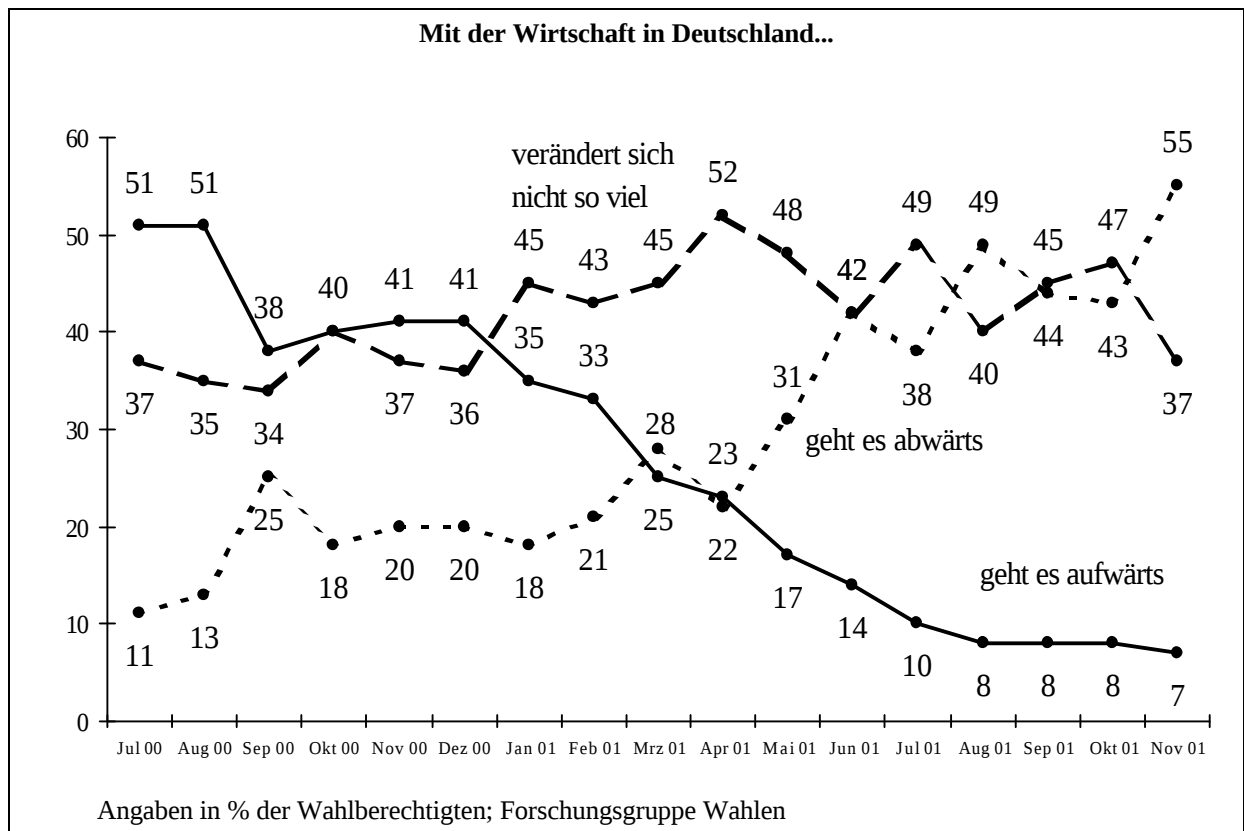
Vor den Terroranschlägen auf die USA am 11. September war die Stimmungslage für die rot-grüne Bundesregierung von einem starken Negativtrend gekennzeichnet. Zwischen Jahresbeginn und Anfang September sackte die SPD bei der Sonntagsfrage von 43 auf 39 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen) bzw. von 39 auf 36 Prozent ab (IfD Allensbach).

Ursache für diese Entwicklung ist eine wachsende Unzufriedenheit der Bundesbürger mit den wirtschafts- und arbeitsmarktbezogenen Leistungen der Bundesregierung. Schwache Konjunktur und steigende Arbeitslosenzahlen werden von den Deutschen immer klarer wahrgenommen: Der Anteil derjenigen, die die aktuelle Wirtschaftslage als gut bezeichnen, ist seit Anfang des Jahres von 35 auf 11 Prozent abgesunken. Umgekehrt stieg der Anteil der Negativbewertungen von 9 auf 33 Prozent.



Auch bei der Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftslage hat sich der Pessimismus ausgebreitet: „Es geht aufwärts“ meinten im Sommer letzten Jahres noch 51 Prozent der Deutschen,

nun sind es nur noch 7 Prozent. Die pessimistischen Einschätzungen stiegen im gleichen Zeitraum von 11 auf 55 Prozent.



Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß im November nur noch 27 Prozent der Deutschen mit der politischen Situation in Deutschland zufrieden sind; 69 Prozent bewerten die Lage negativ (TNS Emnid, 11/2001)

2. Die außen- und sicherheitspolitische Zufriedenheit der Bürger hat die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Sorgen bisher überdeckt

Trotz des starken Pessimismus der Bundesbürger in bezug auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Regierungskoalition hat sich die Stimmung für Rot-Grün nach den Terroranschlägen vom 11. September wieder verbessert. Bei der Forschungsgruppe Wahlen legte die SPD zwischen August und November 2 Punkte zu, bei Allensbach zwischen September und November einen Punkt. Ganz offensichtlich sind die Deutschen mit dem entschlossenen außen- und sicherheitspolitischen Kurs von Schröder, Fischer und Schily bislang zufrieden. Nach anfänglichen Zweifeln gegenüber einer deutschen Beteiligung an Militäraktionen gegen den internationalen Terrorismus - im September sprachen sich nur 37 Prozent dafür aus - ü-

berwiegt im Oktober (65 Prozent) und November (59 Prozent) klar die Zustimmung (Forschungsgruppe Wahlen). Und auch die sicherheitspolitischen Maßnahmen im Inneren werden von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt, so befürworteten im November 71 Prozent der Deutschen Schilys Vorschläge zum zweiten Sicherheitspaket (Infratest dimap).

Die Dominanz außen- und sicherheitspolitischer Fragen und die Zufriedenheit mit der Regierungsleistung in diesen Feldern verdecken also die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Sorgen der Bundesbürger. Für sie ist das bis in den Sommer noch beherrschende Thema Arbeitslosigkeit derzeit nur sekundär: Im August nannten es noch fast drei Viertel der Deutschen als ein wichtiges Thema; nun wird es nur noch von 47 Prozent erwähnt.

Die wichtigsten politischen Probleme				
	August	September	Oktober	November
Terror/Frieden	-	41	54	49
Arbeitslosigkeit	73	53	50	47
Kriminalität/Ordnung	4	8	15	14
Wirtschaftslage	9	10	9	11
Politikverdruß	7	7	5	11
Ausländer/Asyl	9	7	6	5
EU/Euro/Europa	2	3	3	4
Rente/Altersversorg.	3	3	4	4
Umweltschutz	2	2	2	3
Gesundheitswesen	6	5	2	2

Angaben in % der Wahlberechtigten, Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

Bisher ausgeblieben ist freilich das oftmals beschworene Scharen um die Regierung in außenpolitischen Krisenzeiten. Trotz der Schwere der Krise - und obwohl die Union sich noch nicht auf einen Kanzlerkandidaten festgelegt hat - liegt die CDU/CSU derzeit nur 3 bzw. 2 Punkte hinter der SPD - ein Abstand, der sich in Zeiten abnehmender Parteibindungen binnen weniger Wochen einebnen kann. Die Vertrauensfrage von Kanzler Schröder hat zudem der Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß die Regierungspolitik im Bereich der

Außen- und Sicherheitspolitik auf äußerst tönernen Füßen steht. Eine weiter ansteigende Dämpfungswirkung der Außen- und Sicherheitspolitik auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Verdrossenheit der Bundesbürger ist daher kaum noch zu erwarten.

Sonntagsfrage November 2001 - Bundesgebiet insgesamt -			
	BTW 98	Forschungsgruppe Wahlen	IfD Allensbach
CDU/CSU	35,1	38	35
SPD	40,9	41	37
Bündnis 90/Die Grünen	6,9	5	7
FDP	6,2	7	11
PDS	5,1	6	6
Sonstige	5,8	3	4

Angaben in % der Wähler; Erhebungszeitraum FGW: 12.-14.11.; IfD: 25.10.-05.11.

3. Rot-Grün bleibt weiterhin ohne Mehrheit

Daß trotz der außen- und sicherheitspolitischen Zufriedenheit eine grundlegende Skepsis der Deutschen gegenüber der rot-grünen Bundesregierung existiert, zeigen auch die in Umfragen anhaltend schwachen Werte für die Koalition insgesamt. Nach wie vor erreichen SPD und Bündnisgrüne bei der Sonntagsfrage keine eigene Mehrheit: Zusammen kommen sie bei der Forschungsgruppe Wahlen auf 46 Prozent der Wähler, bei Allensbach auf 44 Prozent.

Auch bei der direkten Frage nach der Koalitionspräferenz kann die Bundesregierung kaum von der außen- und sicherheitspolitischen Krise profitieren: Rot-Grün bevorzugen nur 16 Prozent der Deutschen. Demgegenüber kommt eine Koalition aus Union und FDP derzeit auf 19 Prozent; weitere 17 Prozent wünschen sich eine Große Koalition, 13 Prozent eine SPD-FDP-Koalition.

Gewünschte Regierungskoalition				
	August	September	Oktober	November
CDU/CSU + FPD	21	20	17	19
SPD + CDU/CSU	15	16	21	17
SPD + Grüne	19	17	18	16
SPD + FDP	10	10	10	13
sonstige	11	10	12	14
weiß nicht	24	27	23	23

Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

4. Die Kompetenzeinschätzungen von CDU/CSU und SPD liegen in vielen Politikfeldern eng beieinander

Auch die Kompetenzeinschätzungen weisen darauf hin, daß die Deutschen derzeit keinen klaren Vorteil auf einer der politischen Seiten sehen. Im Sommer 2001 führte die SPD nur noch in 4 von 11 abgefragten Politikfeldern. Die Union lag in 6 Feldern vorn - unter anderem knapp bei der Arbeitsmarktpolitik; in einem Bereich - bei der Rentenpolitik - waren die beiden Volksparteien gleich auf.

Nach dem 11. September hat sich die Einschätzung der SPD zwar verbessert. Sie führt im Oktober in 8 von 10 abgefragten Feldern, während die Union nur noch in zwei Bereichen vorn liegt. Aber der Vorsprung der SPD ist in vier Politikfeldern äußerst knapp. Die Union liegt vorn bei der Wirtschaftspolitik und - trotz der Krise - immer noch im Bereich der Inneren Sicherheit. Sie liegt beim Thema Arbeitslosigkeit nur 2 Punkte und beim Schutz vor Terror in Deutschland nur 3 Punkte hinter den Sozialdemokraten. Bei der Globalkompetenz „Zukunftsprobleme lösen“ stehen Union und SPD bereits seit Ende letzten Jahres eng beieinander.

Parteikompetenzen					
		August	Oktober	Diff. Union - SPD	
				Aug.	Okt.
Arbeitsmarktpolitik	Union	33	33	+1	-2
	SPD	32	35		
Wirtschaftspolitik	Union	40	40	+10	+6
	SPD	30	34		
Steuerpolitik	Union	-	30		-6
	SPD	-	36		
Rentenpolitik	Union	30	28	0	-9
	SPD	30	37		
Soziale Gerechtigkeit	Union	21	22	-19	-24
	SPD	40	46		
Kriminalitätsbekämpfung	Union	42	39	+12	+9
	SPD	28	30		
Schutz vor Terror in Deutschland	Union	-	29		-3
	SPD	-	32		
Bekämpfung des internationalen Terrors	Union	-	26		-13
	SPD	-	39		
Außenpolitik	Union	32	26	+3	-14
	SPD	29	40		
Zukunftsprobleme lösen	Union	29	28	+2	-5
	SPD	27	33		
Gesundheitspolitik	Union	29	-	+2	
	SPD	27	-		
Familienpolitik	Union	22	-	-24	
	SPD	46	-		
Umweltpolitik	Union	14	-	-1	
	SPD	15	-		
	Grüne	50			
Verbraucherpolitik	Union	17	-	-13	
	SPD	30	-		
	Grüne	25	-		

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

5. Die derzeitige politische Stimmungslage deutet auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen im nächsten Jahr

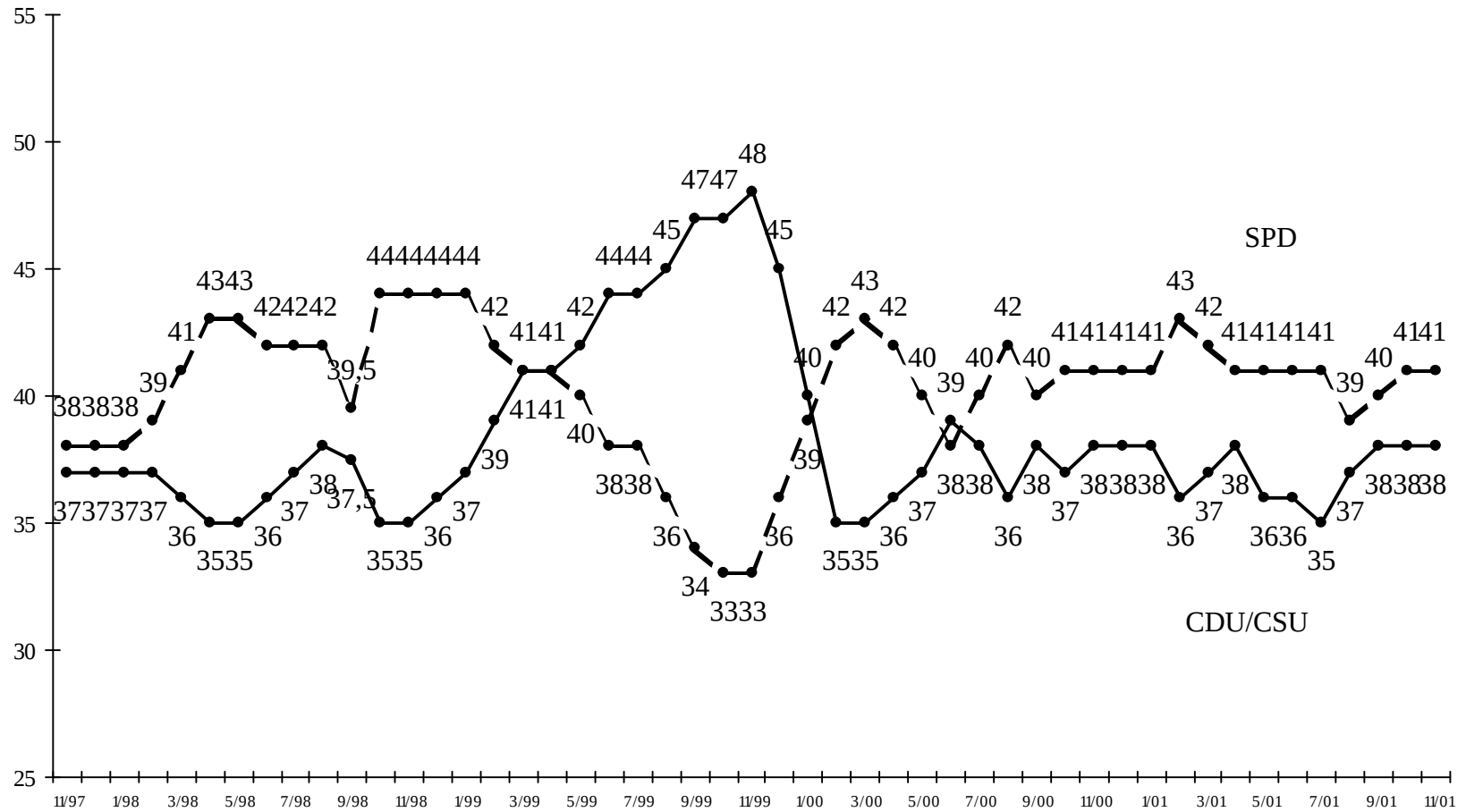
Die demoskopische Lage für die Union im November 2001 ist nicht schlecht. Trotz der internationalen Krisensituation und trotz der ungeklärten Kandidatenfrage liegt die CDU/CSU nur knapp hinter der SPD. Rot-Grün hat keine Mehrheit bei der Sonntagsfrage. 2002 scheint aus der jetzigen Perspektive ein Kopf-an-Kopf-Rennen zu werden, das zeigen auch die eng beieinander liegenden Kompetenzeinschätzungen von CDU/CSU und SPD. Noch herrscht ein gespaltenes Meinungsklima vor: Zwar sind die Deutschen mit der Außenpolitik und den sicherheitspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zufrieden. Große Verdrossenheit herrscht freilich im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor. Sie bleibt momentan von den internationalen Ereignissen verdeckt, wird aber um so stärker zum Tragen kommen, je „normaler“ die internationale Krise und je stärker konjunkturelle und arbeitsmarktbezogene Einbrüche wahrgenommen werden. Hinzu kommt, daß allein die Entscheidung der Kanzlerkandidatenfrage die Geschlossenheit innerhalb der Union und damit auch die Attraktivität der Partei für die Wähler deutlich erhöhen wird. Dies wird ein weiteres dazu tun, daß die Bundestagswahl 2002 zu einem spannenden Rennen wird.

Anhang: Zusammenschau langfristiger Trends

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen

Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

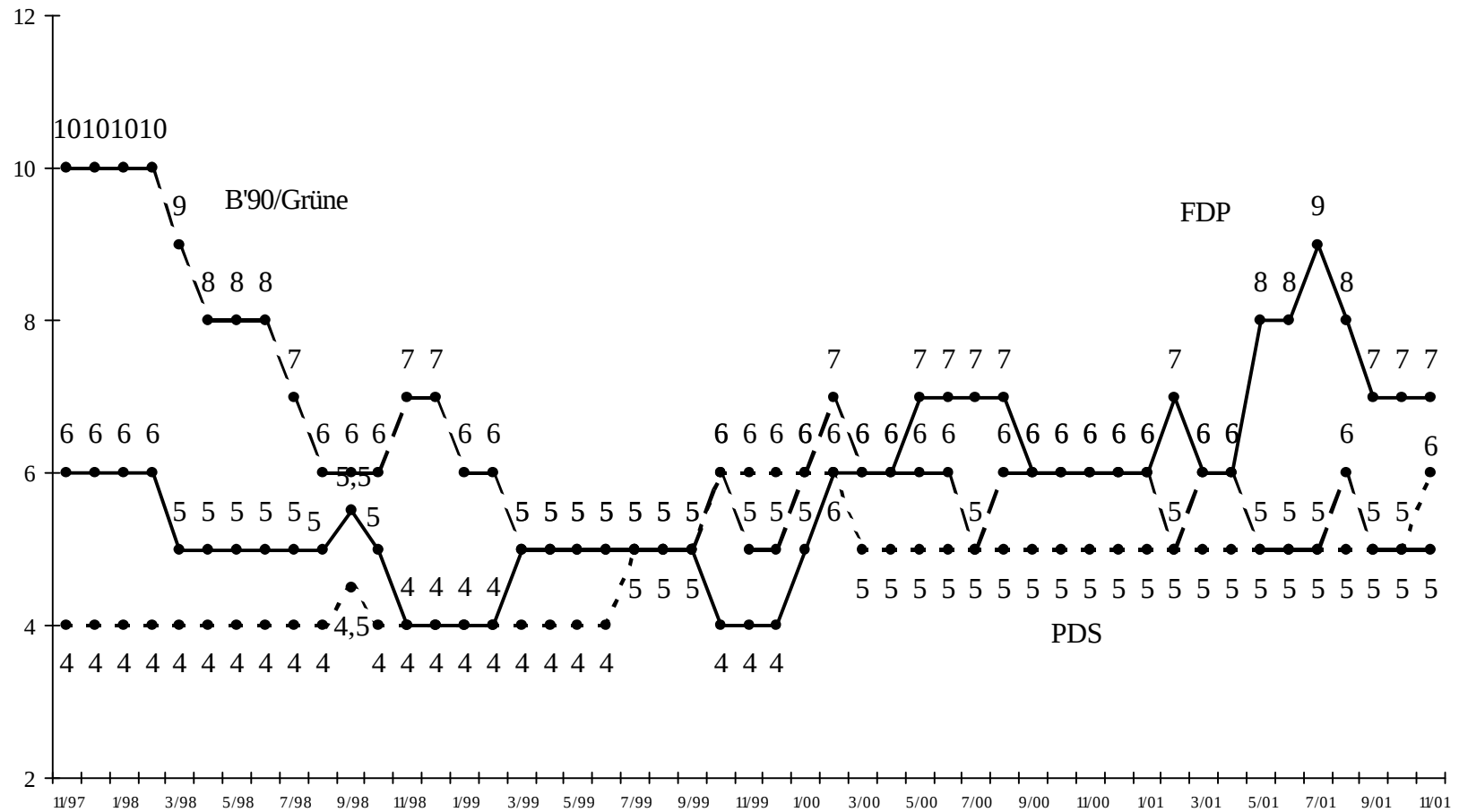


Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen

Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

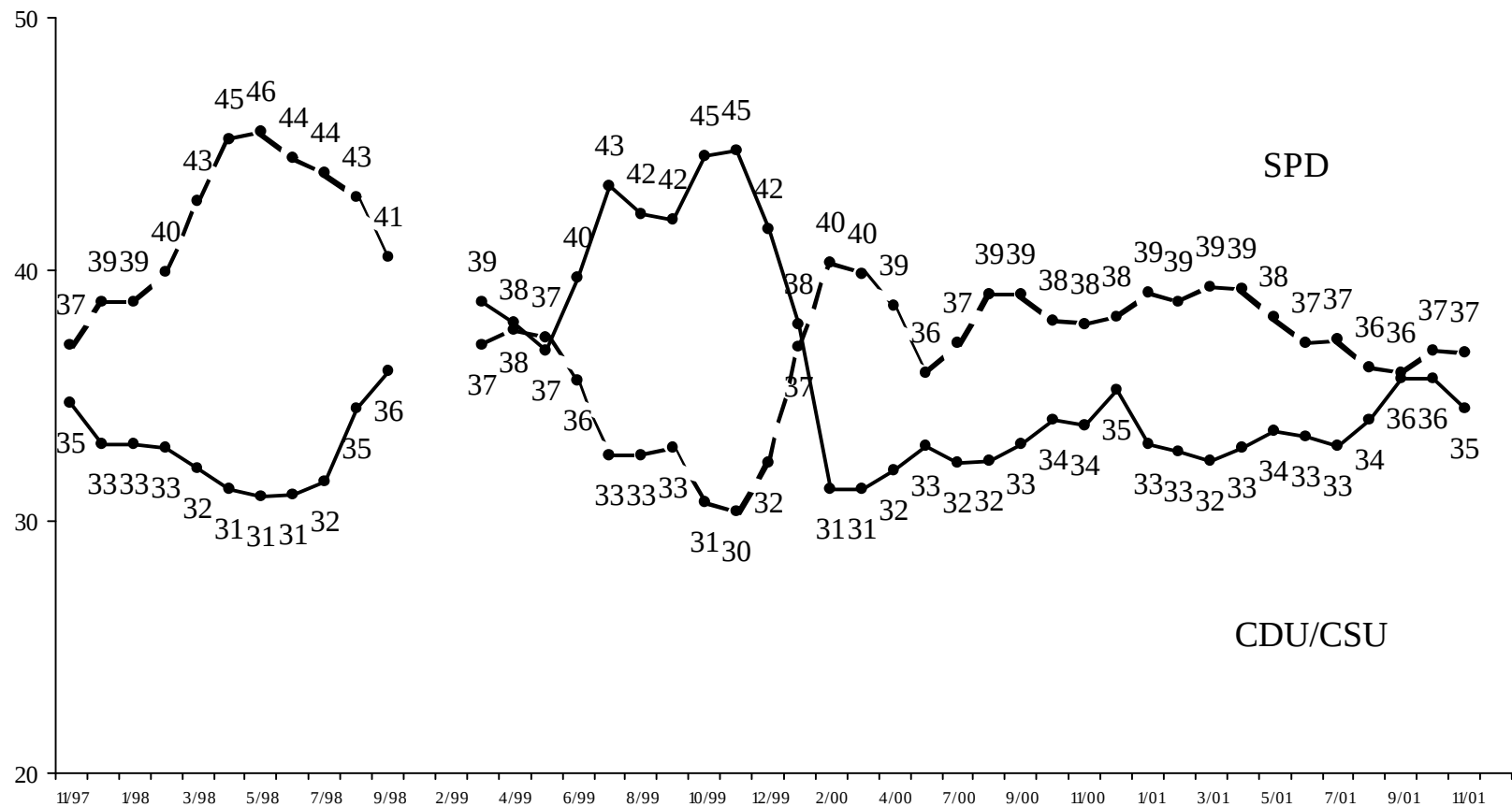


Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage IfD Allensbach

Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

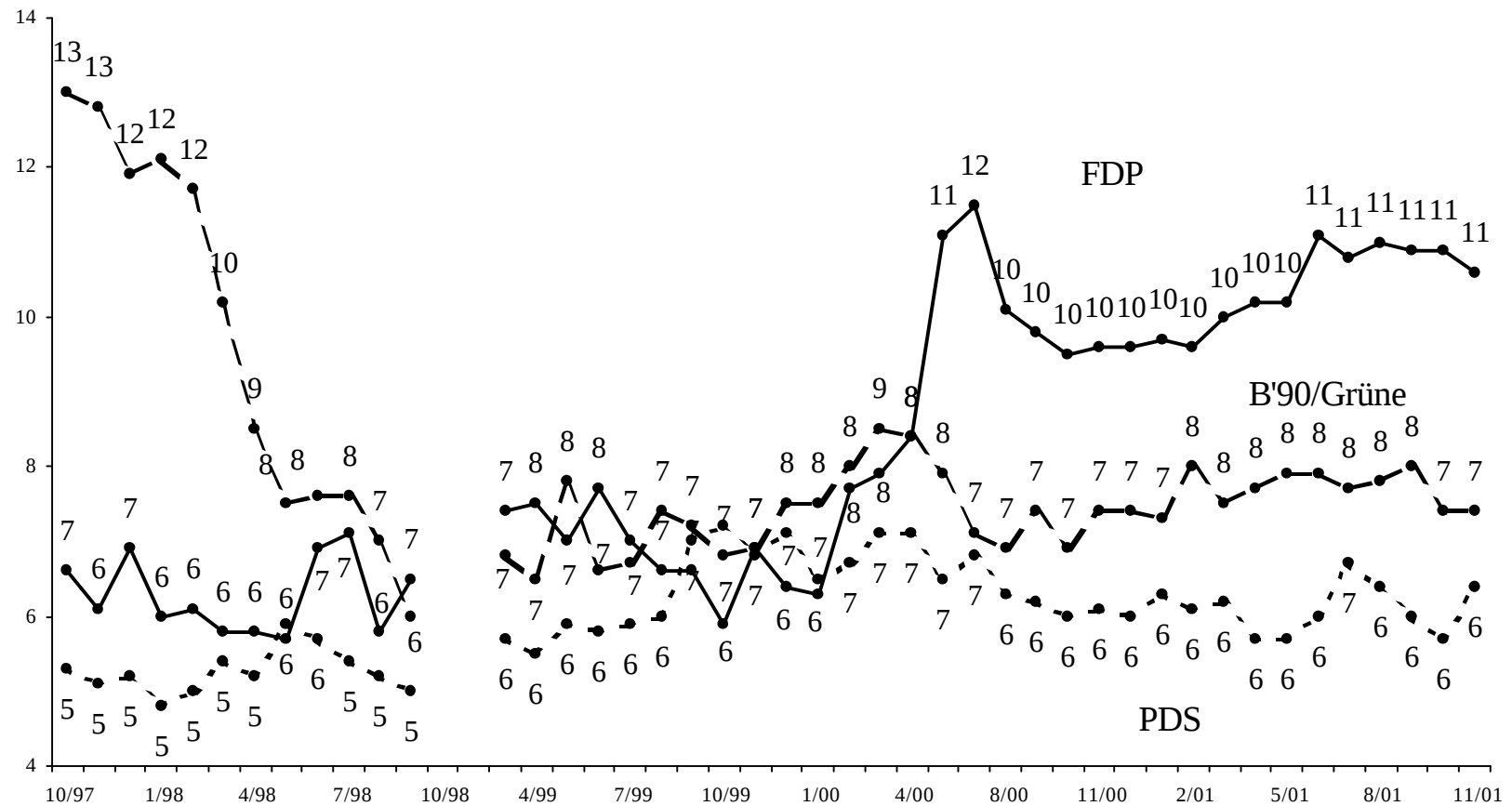


Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach

Sonntagsfrage IfD Allensbach

Gesamtdeutschland

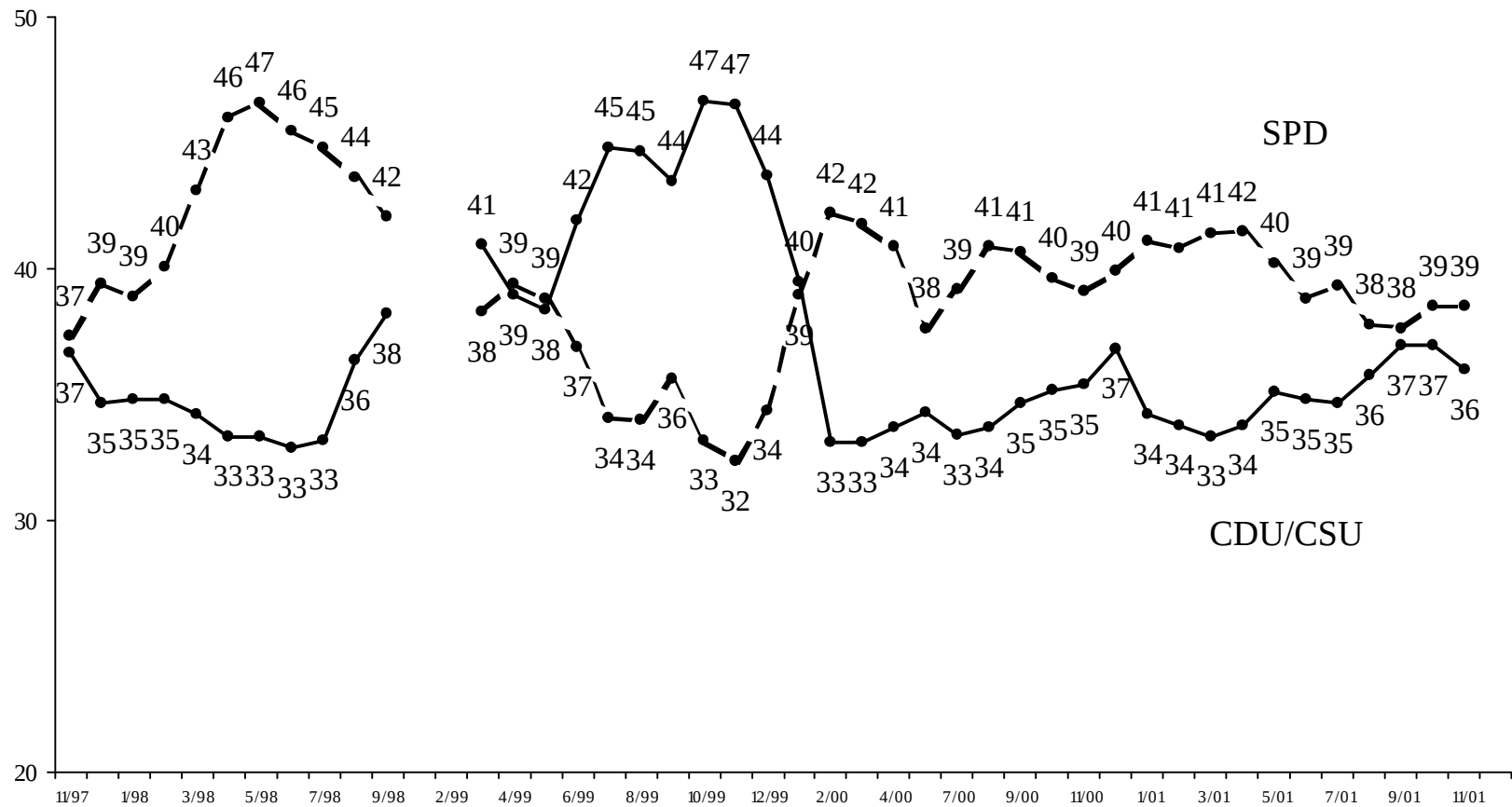
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Sonntagsfrage IfD Allensbach

Westdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

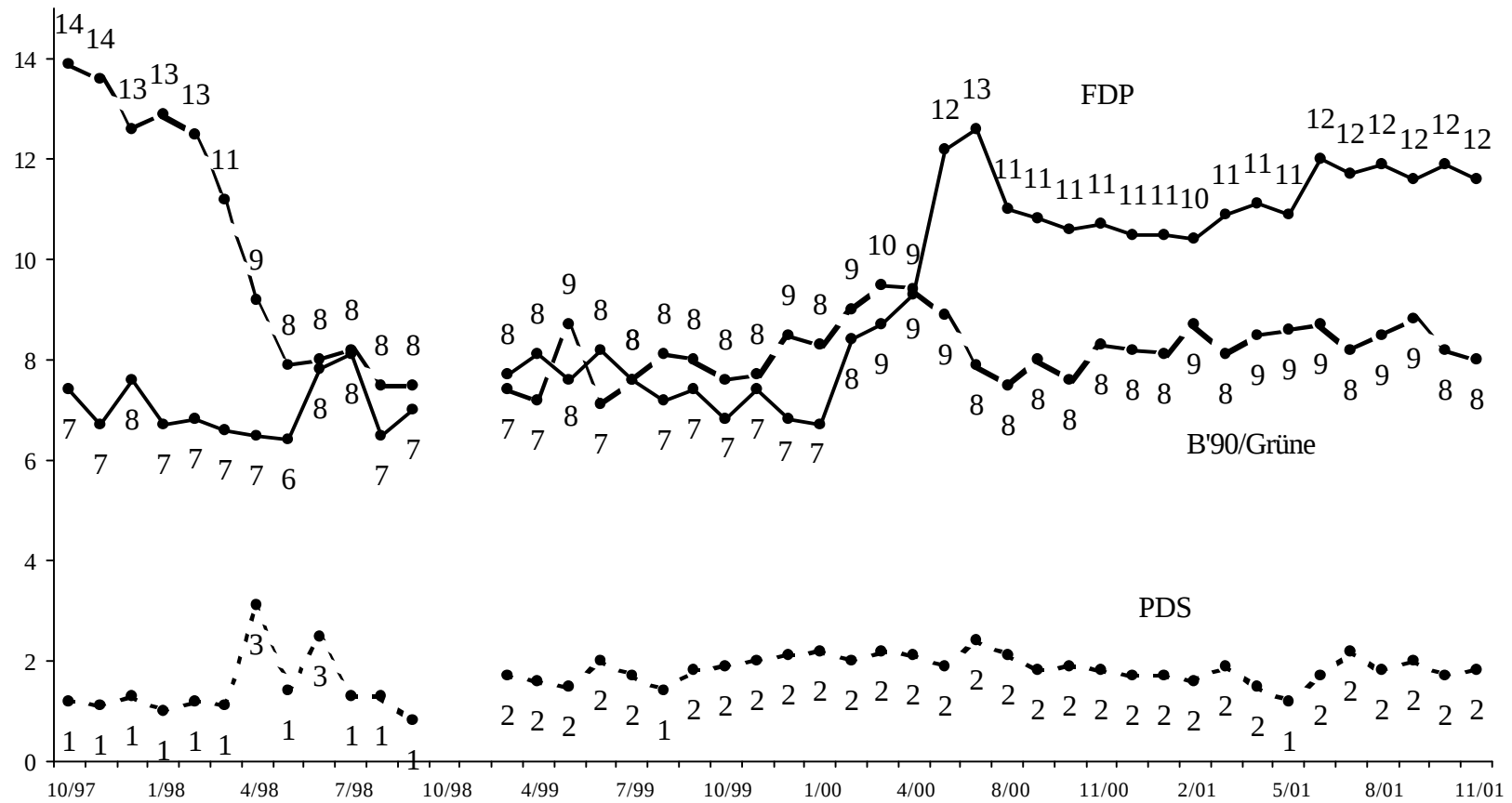


Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach

Sonntagsfrage IfD Allensbach

Westdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

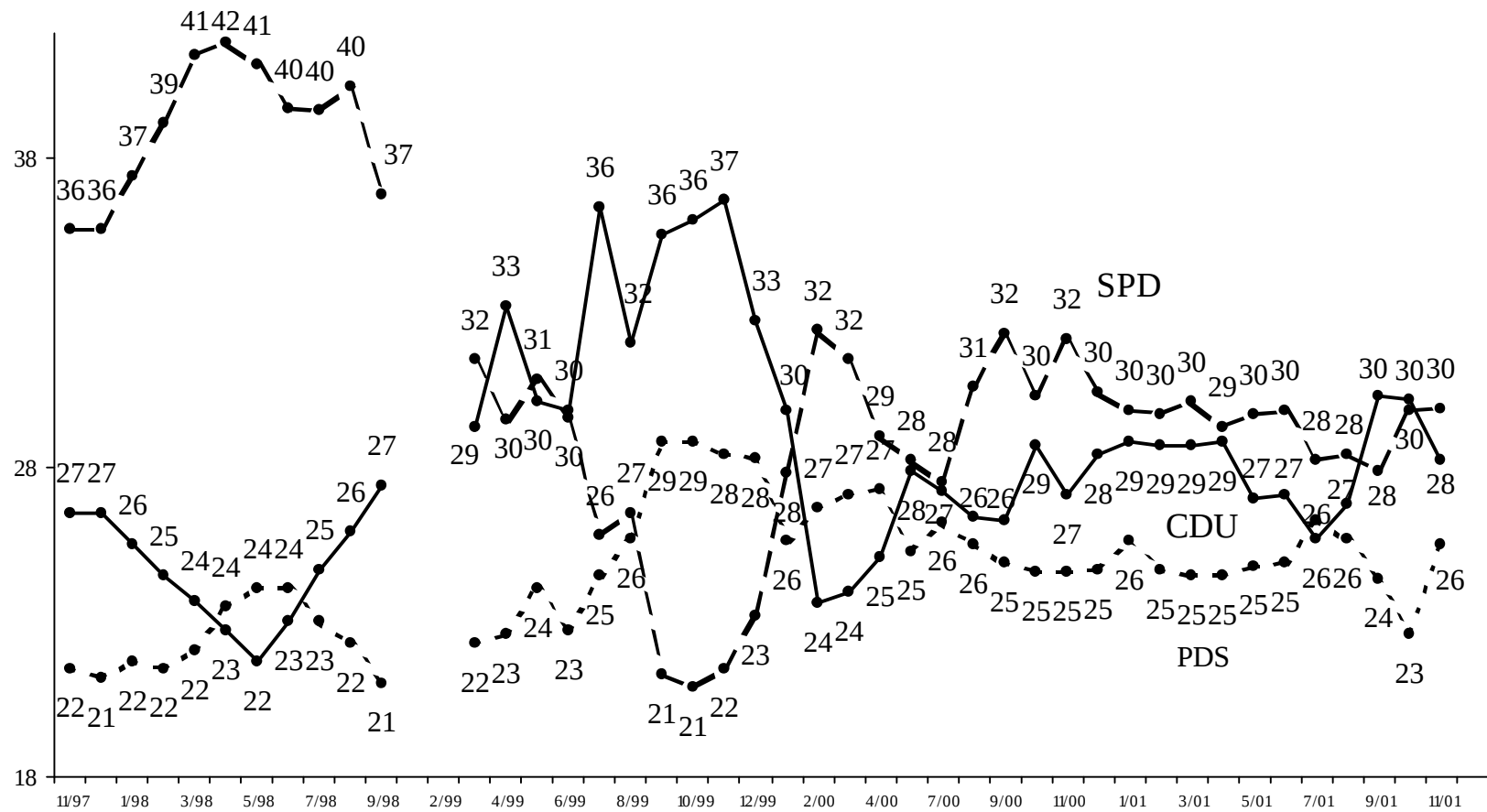


Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach

Sonntagsfrage IfD Allensbach

Ostdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

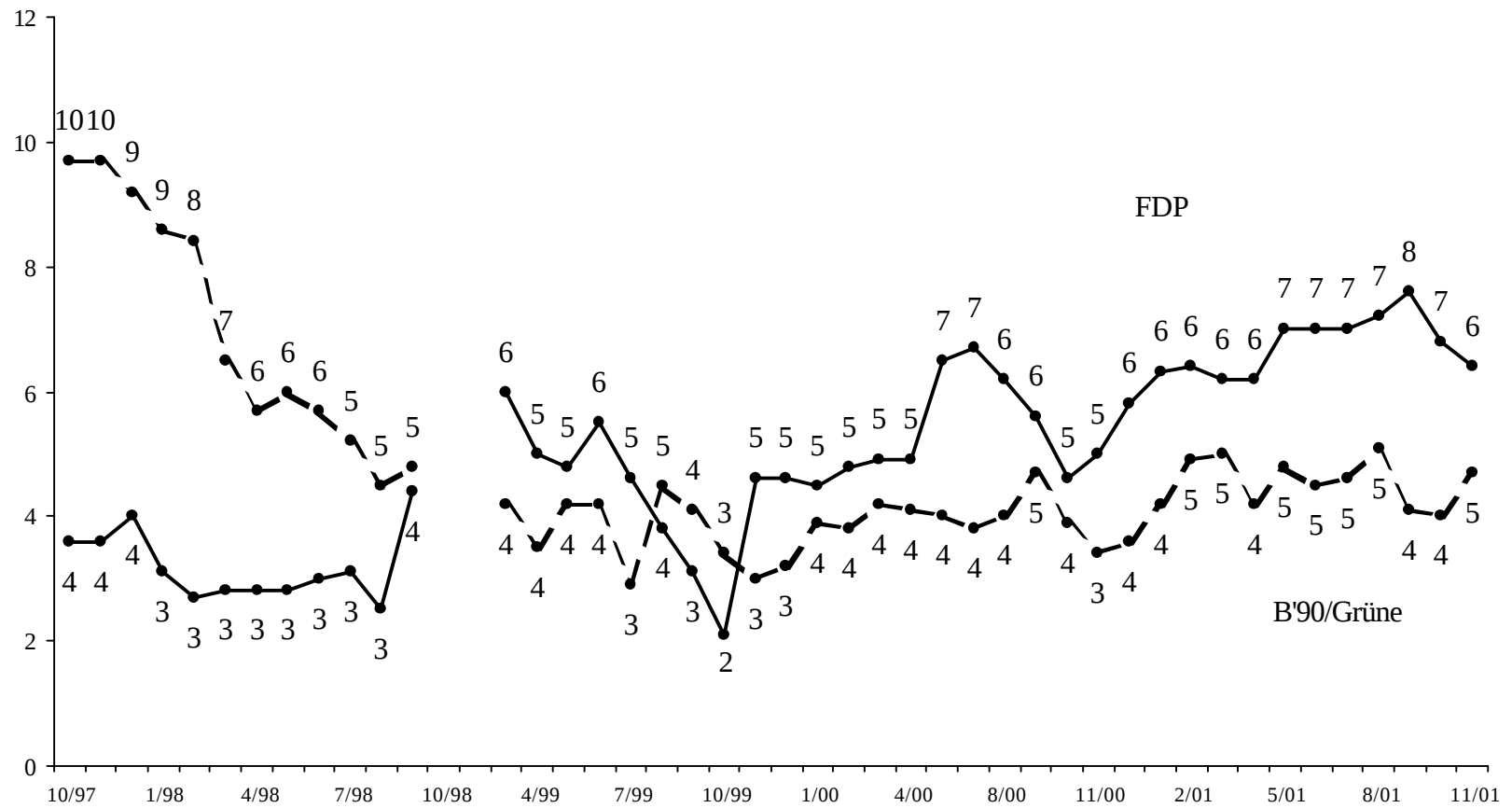


Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach

Sonntagsfrage IfD Allensbach

Ostdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

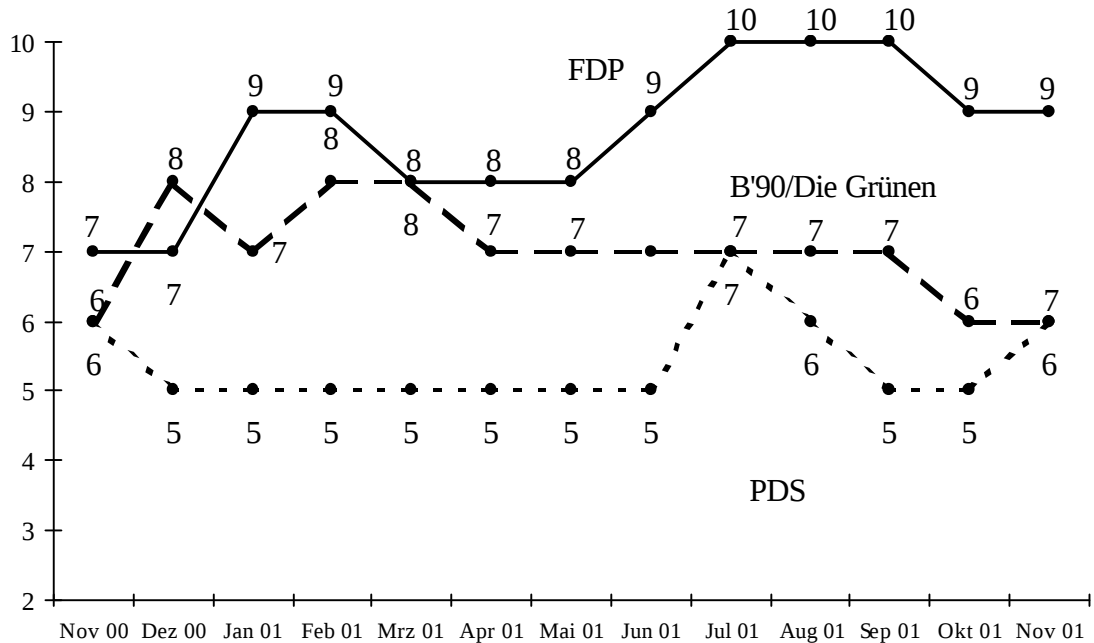
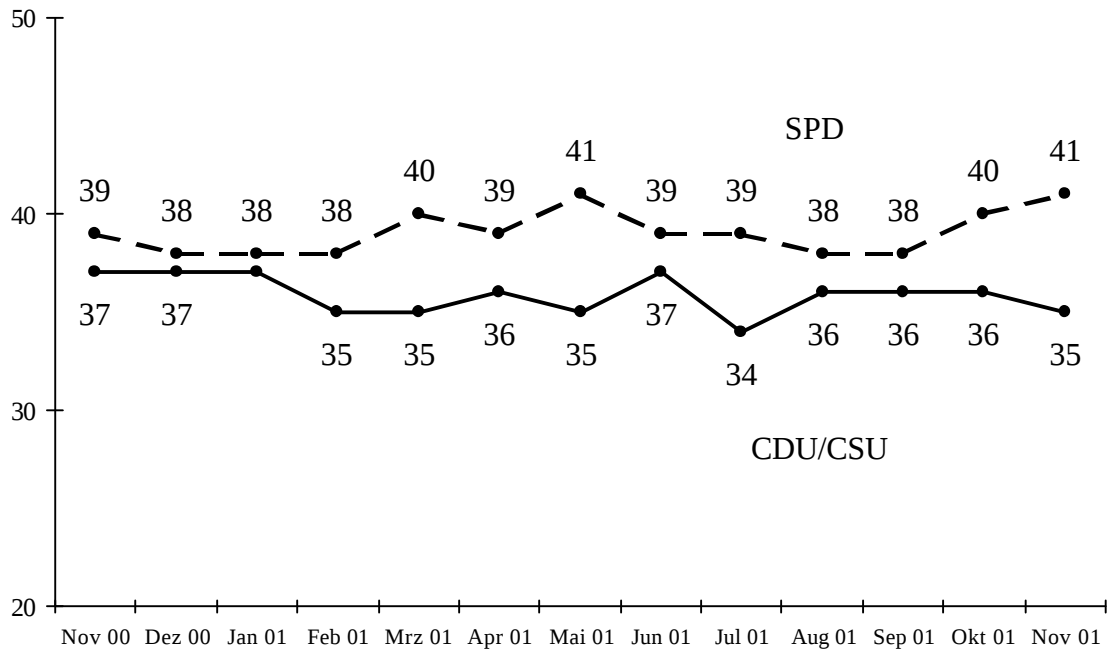


Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach

Sonntagsfrage Infratest dimap

Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

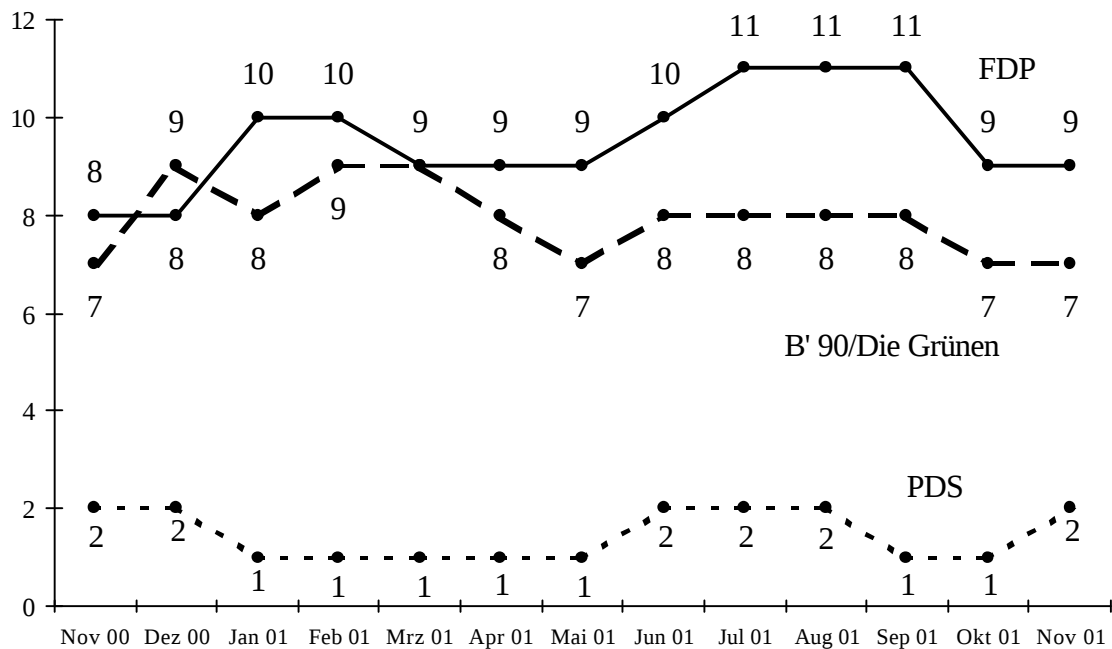
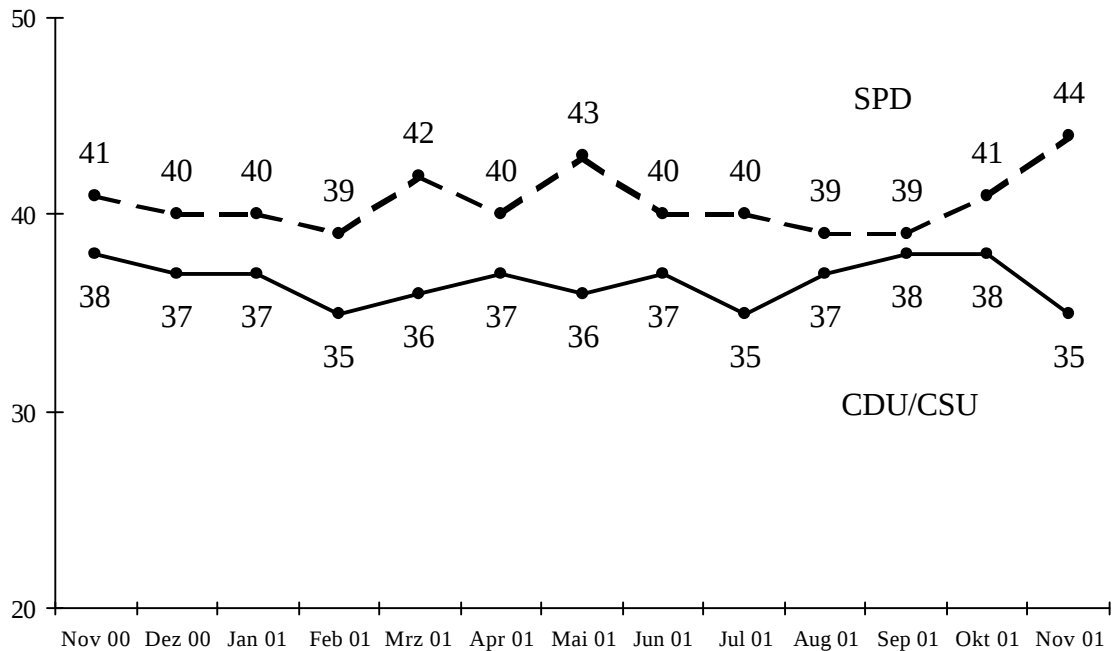


Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap

Westdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

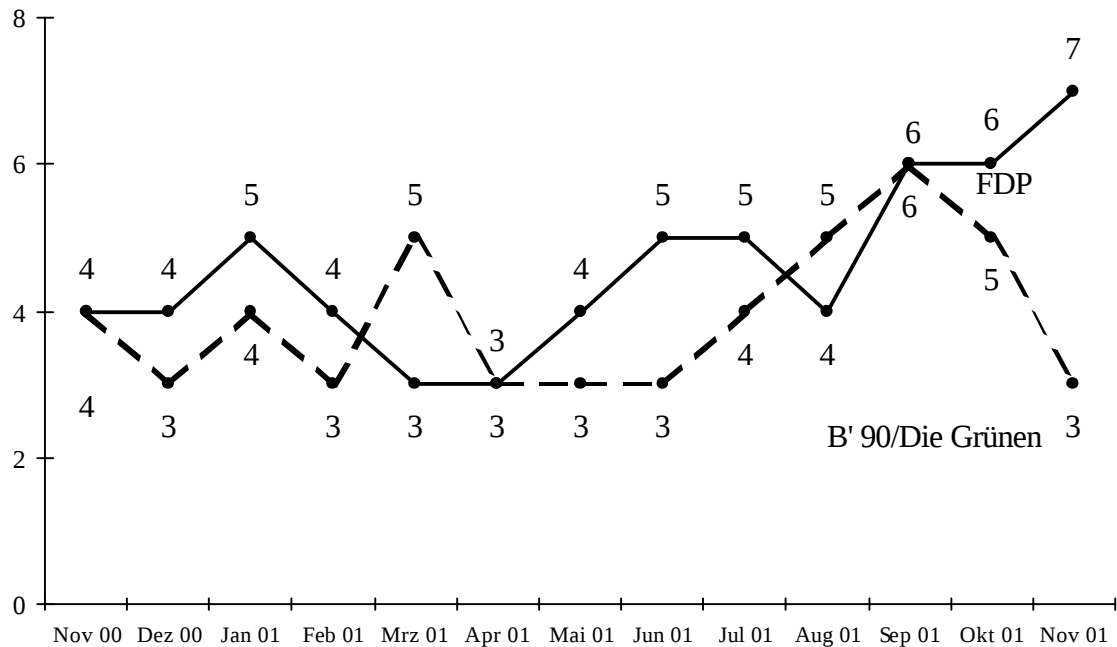
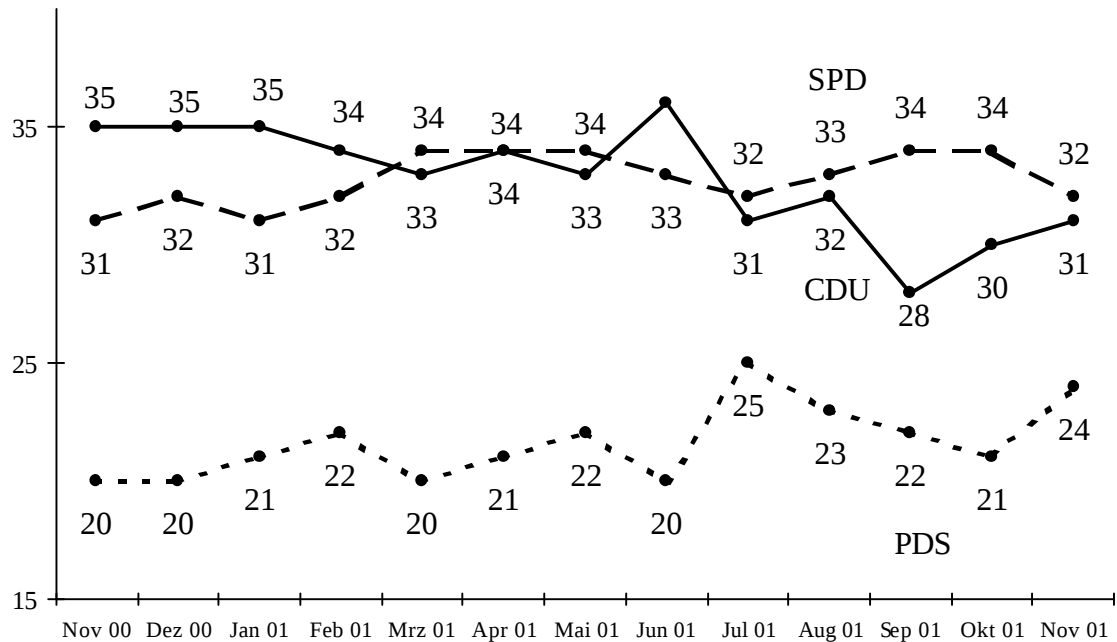


Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap

Ostdeutschland

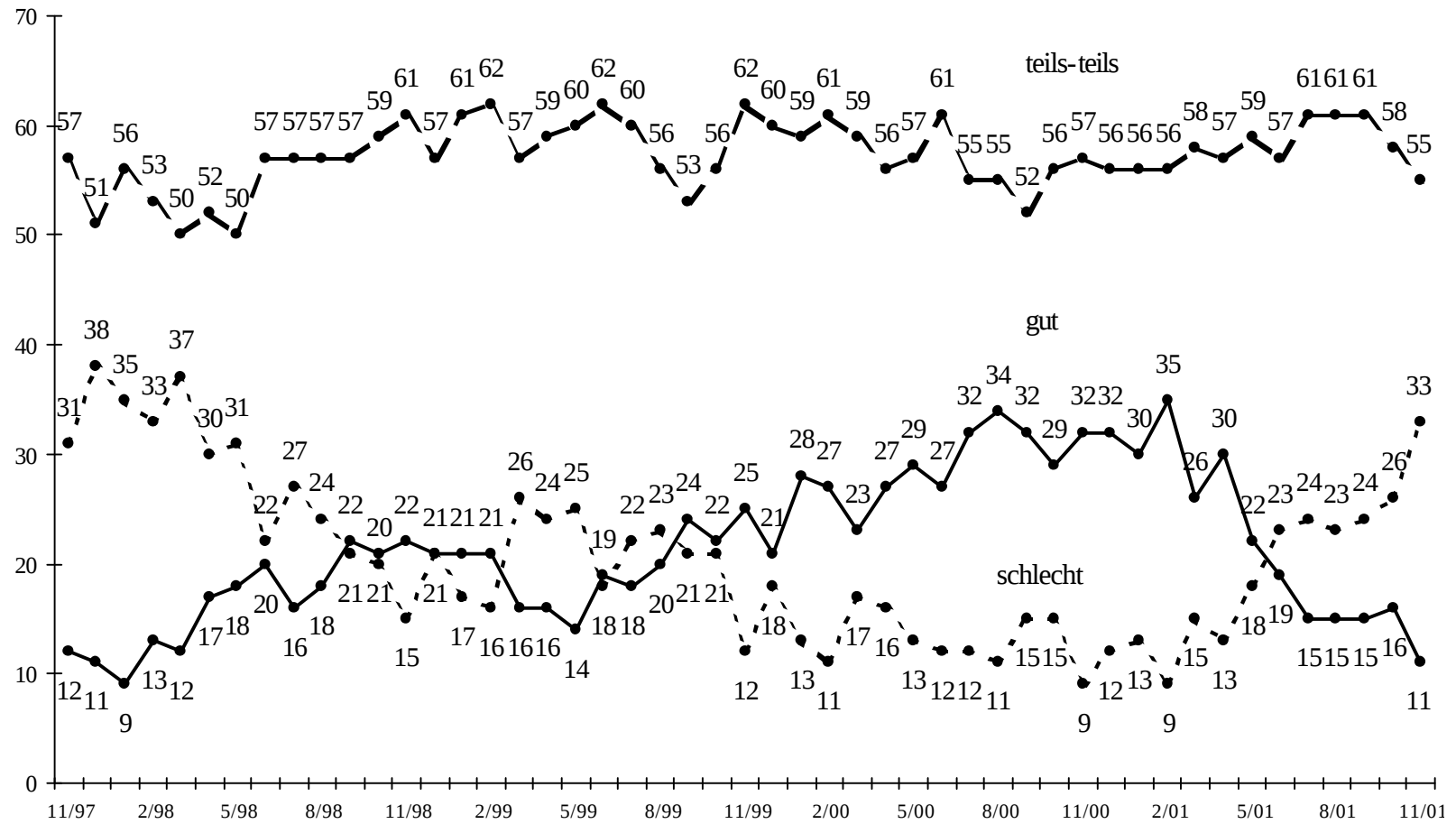
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage

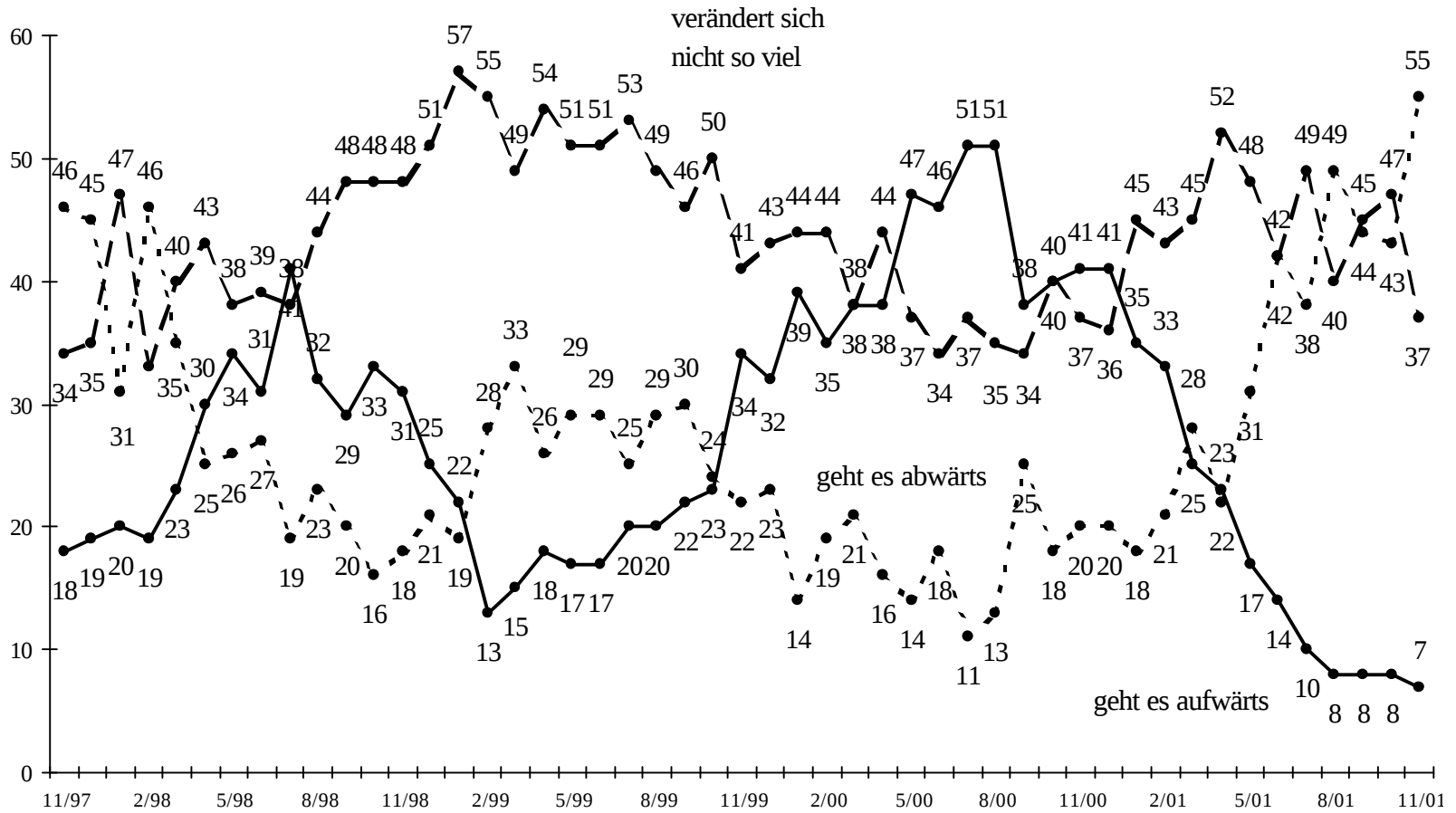
Wie bewerten Sie die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

Bewertung der zukünftigen Wirtschaftslage

Und wie wird sich die Wirtschaftslage in Deutschland in den nächsten Monaten verändern?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

Wichtigkeit politischer Probleme
- spontane, offene Nennung -

In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

	Nov 00	Dez 00	Jan 01	Feb 01	Mrz 01	Apr 01	Mai 01	Jun 01	Jul 01	Aug 01	Sep 01	Okt 01	Nov 01
Terror/Frieden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41	54	49
Arbeitslosigkeit	44	46	37	40	46	44	55	55	61	73	53	50	47
Kriminalität/Ruhe/Ordnung	5	5	4	3	8	5	5	6	7	4	8	15	14
Wirtschaftslage				2	3		4	7	10	9	10	9	11
Politikerverdruß/Affären	7	6	8	11	7	7	7	9	8	7	7	5	11
Ausländer/Asylbewerber	15	13	7	5	8	9	9	8	9	9	7	6	5
EU/Euro/Europa	5	6					4	7	7	2	3	3	4
Renten/Alterssicherung	19	14	12	13	8	12	17	9	12	3	3	4	4
Umweltschutz	5	4	4	5	5	11	7	6	7	2	2	2	3
Gesundheitswesen		3	4					3	8	6	5	2	2

Angaben in % der Wahlberechtigten, Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

Parteikompetenzen		1998							1999					2000				2001			
		3	4	5	6	7	8	9	2	5	7	9	12	2	5	8	11	2	5	8	10
Wirtschaft	CDU/CSU	31	34	32	37	37	41	43	38	47	50	53	51	38	41	35	39	40	40	40	40
	SPD	34	37	38	37	37	32	33	42	28	28	23	25	39	36	42	35	33	34	30	34
	Differenz	-3	-3	-6	0	0	9	10	-4	19	22	30	26	-1	5	-7	4	7	6	10	6
Arbeitslosigkeit	CDU/CSU	19	20	20	23	23	27	28	27	33	36	36	36	24	26	23	27	30	28	33	33
	SPD	47	44	47	44	46	40	43	48	37	33	29	31	45	45	51	46	42	43	32	35
	Differenz	-28	-24	-27	-21	-23	-13	-15	-21	-4	3	7	5	-21	-19	-28	-19	-12	-15	1	-2
Alterssicherung	CDU/CSU									38					29	30		30	26	30	28
	SPD									31					37	33		33	36	30	37
	Differenz									7					-8	-3		-3	-10	0	-9
Gesundheitspolitik	CDU/CSU										29	34		25				24		29	
	SPD										31	25		36				31		27	
	Differenz										-2	9		-11				-7		2	
Familienpolitik	CDU/CSU																		22		
	SPD																		46		
	Differenz																		-24		
Steuerpolitik	CDU/CSU									34	37	37		24	28	25	31	28	28		30
	SPD									35	29	26		43	42	45	35	38	37		36
	Differenz									-1	8	11		-19	-14	-20	-4	-10	-9		-6
Staatsverschuldung	CDU/CSU									29	30	27		20	22						
	SPD									38	37	37		46	47						
	Differenz									-9	-7	-10		-26	-25						

Fortsetzung nächste Seite

Parteikompetenzen		1998							1999					2000				2001			
		3	4	5	6	7	8	9	2	5	7	9	12	2	5	8	11	2	5	8	10
Kriminalität	CDU/CSU			31	34	38	41	40	42	45	47	43	45	33	39	41	43	37	37	42	39
	SPD			32	29	30	27	29	30	26	22	22	20	32	27	28	25	29	27	28	30
	Differenz			-1	5	8	14	11	12	19	25	21	25	1	12	13	18	8	10	14	9
Schutz vor Terror in Deutschland	CDU/CSU																				29
	SPD																				32
	Differenz																				-3
Asyl/Ausländer	CDU/CSU			20	24	28	32	31	31	33				28	25	27		25			
	SPD			35	35	32	30	32	38	37				34	37	35		34			
	Differenz			-15	-11	-4	2	-1	-7	-4				-6	-12	-8		-9			
Umweltpolitik	CDU/CSU								16		21	20	20	13		14	17			14	
	SPD								28		21	15	15	22		22	22			15	
	Differenz								-12		0	5	5	-9		-8	-5			-1	
Verbraucherschutz	Grüne								41		38	45	44	47		45	39			50	
	CDU/CSU																	15	17	17	
	SPD																	29	32	30	
Energiepolitik	Differenz																	-14	-15	-13	
	Grüne																	29	24	25	
	CDU/CSU								26	29	31			24							
Energiepolitik	SPD								33	27	25			27							
	Differenz								-7	2	6			-3							
	Grüne								22	20	21			26							

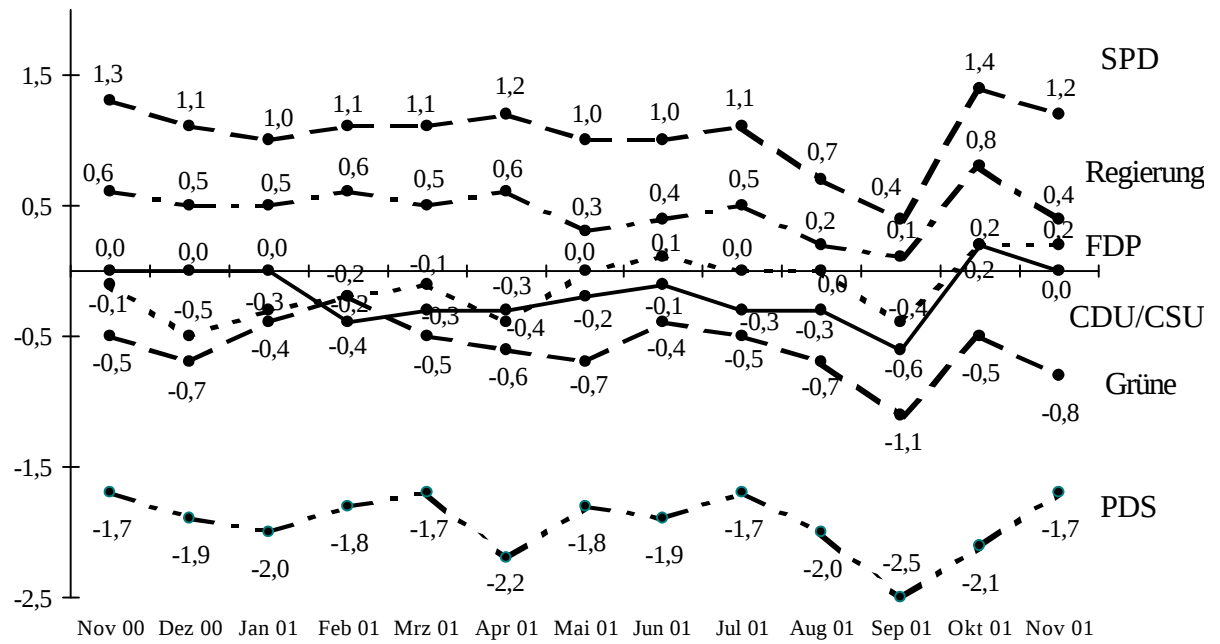
Fortsetzung nächste Seite

Parteikompetenzen		1998							1999					2000				2001			
		3	4	5	6	7	8	9	2	5	7	9	12	2	5	8	11	2	5	8	10
Außenpolitik	CDU/CSU								39					35	29	33		30	28	32	26
	SPD								32					36	39	37		35	37	29	40
	Differenz								7					-1	-10	-4		-5	-9	3	-14
Bekämpfung des int. Terrorismus	CDU/CSU																				26
	SPD																				39
	Differenz																				-13

Parteikompetenzen		1998							1999					2000				2001			
		3	4	5	6	7	8	9	2	5	7	9	12	2	5	8	11	2	5	8	10
Soziale Gerechtig- keit	CDU/CSU									26	27	29		17	20	19	22	28	28	21	22
	SPD									42	38	41		49	47	48	45	38	37	40	46
	Differenz									-16	-11	-12		-32	-27	-29	-23	-10	-9	-19	-24
Wohlstand sichern	CDU/CSU								39									33			
	SPD								32									34			
	Differenz								7									-1			
Zukunftsprobleme lösen	CDU/CSU	21	22	24	26	27	29	30	29	35	40	37	37	23	28	25	29	28	33	29	28
	SPD	37	39	38	37	39	34	39	41	32	27	26	24	38	34	38	31	31	34	27	33
	Differenz	-16	-17	-14	-11	-12	-5	-9	-12	3	13	11	13	-15	-6	-13	-2	-3	-1	2	-5

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

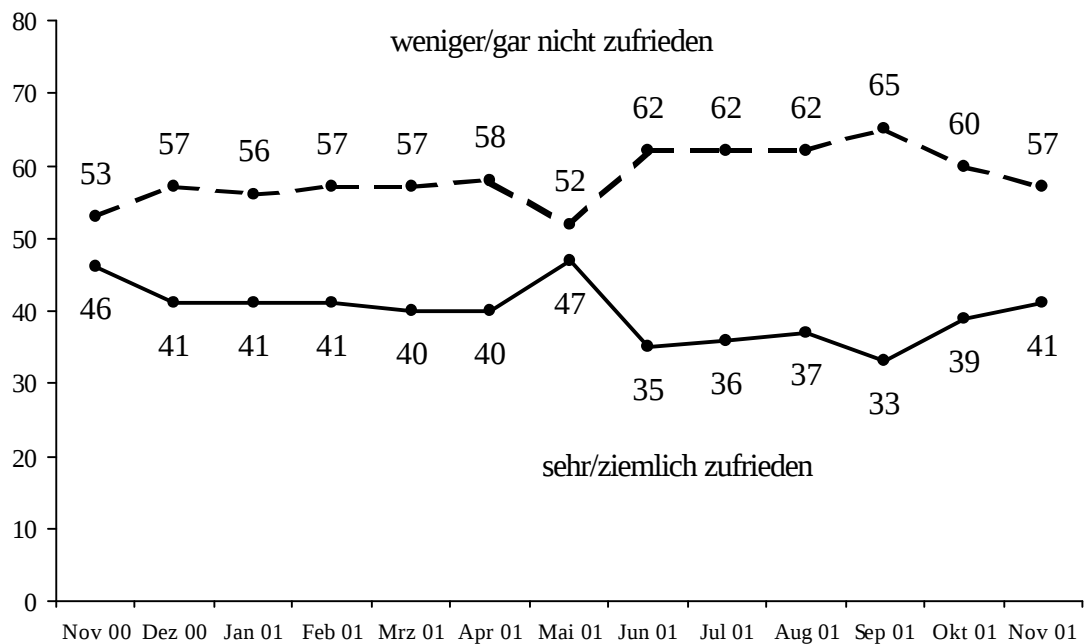
Zufriedenheit mit Regierung und Opposition



Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden);
Forschungsgruppe Wahlen

Zufriedenheit mit der Bundesregierung

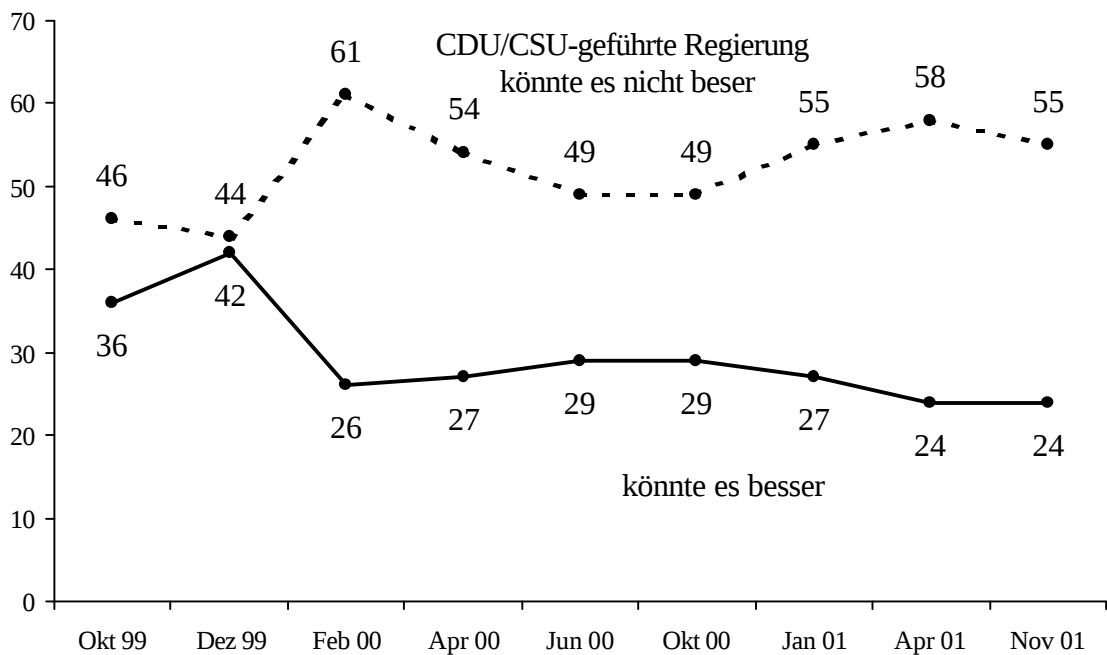
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Einschätzung einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung

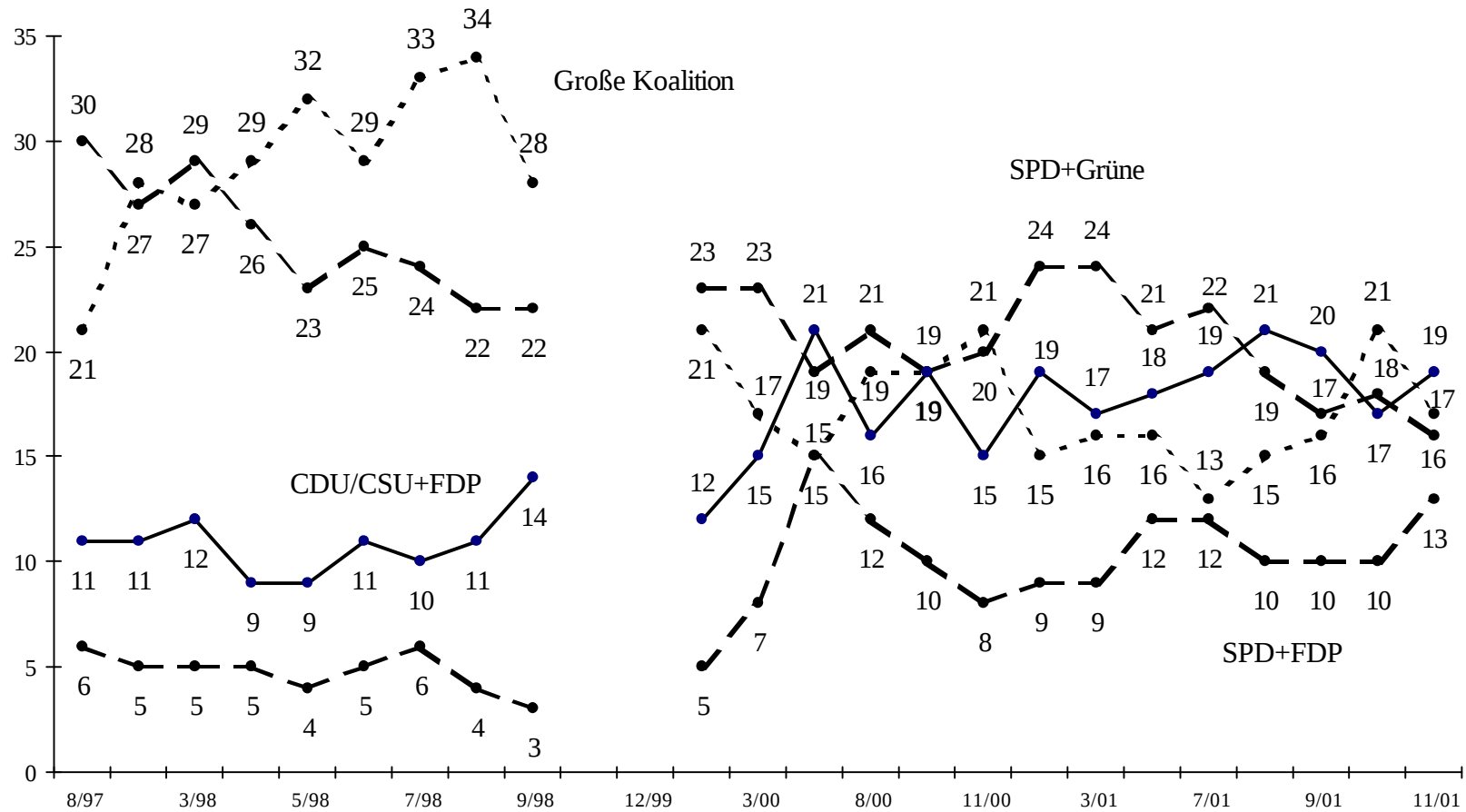
Könnte eine anstehende CDU/CSU-geführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen, oder wäre sie dazu nicht in der Lage?



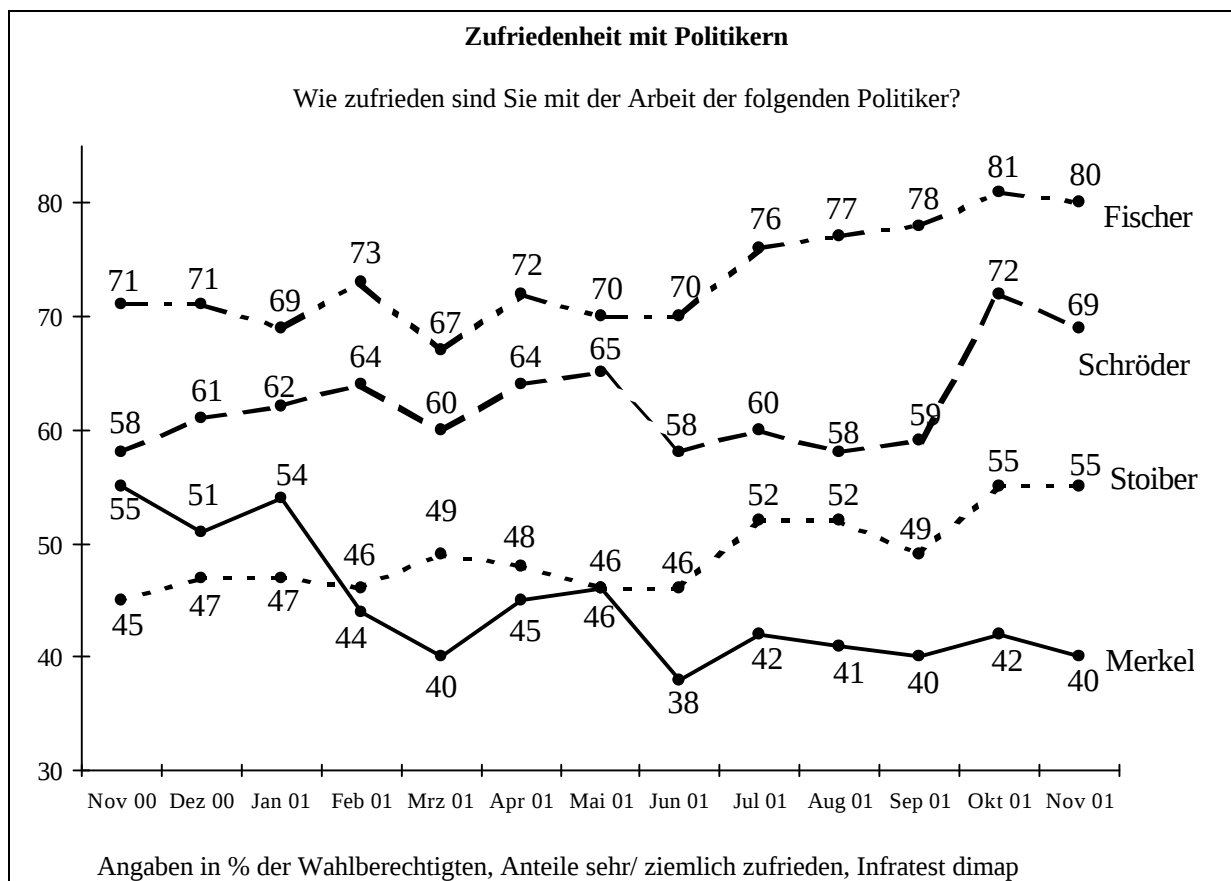
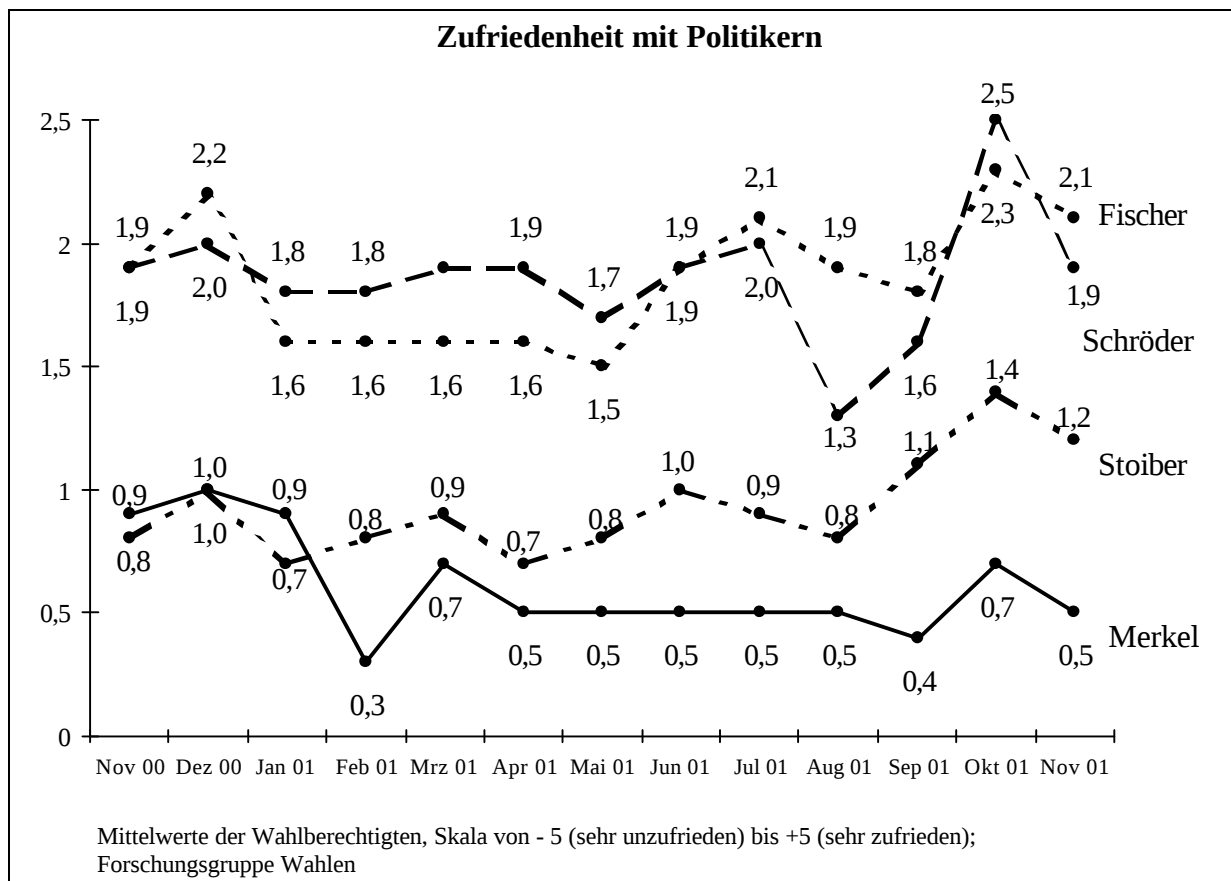
Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Gewünschte Regierungskoalition

Welche Koalition wäre Ihnen am liebsten, wenn keine der Parteien bei der nächsten Bundestagswahl die absolute Mehrheit erhält?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen



Zufriedenheit mit Politikern																				
	Mer- kel	Stoi- ber	Merz	Schä uble	Rühe	Bie- den- kopf	Schr öder	Schil y	Ei- chel	Müll er	Riest er	Schar ping	Münt efe- ring	Lafon taine	Fi- scher	Trit- tin	Kü- nast	West er- welle	Mölle mann	Gysi
Okt 98		1,7		1,9			2,6					0,5		1,0	0,7					
Nov 98		1,3		1,8	1,0		2,4					0,2		0,8	1,4	0				-1,0
Dez 98		1,3		1,4	0,7		2,2					0,2		0,4	1,3	-0,3				-1,2
Jan 99		1,2		1,2	1,0		2,2					0,3		0,4	1,2	-0,9				-1,4
Feb 99		1,0		1,1	0,8		2,0					0,3		0,1	1,4	-1,5				-1,6
Mrz 99		1,1		1,1	0,9		1,8					0,3		-0,5	1,5	-1,6				-1,4
Apr 99		1,1		1,2			2,2		1,2			1,5		-0,7	2,2	-1,3				-1,5
Mai 99		1,3		1,2			2,0		1,1			1,3		-0,8	1,9	-1,6				-1,8
Jun 99		1,3		1,4			1,6		0,7			1,1		-1,3	2,0	-1,8				-1,6
Jul 99		1,2		1,0			1,3		0,9		0,0	1,4			2,1	-1,5				-1,4
Aug 99		1,0		1,1			0,7		0,7		0,0	1,2			1,9	-1,5				-1,5
Sep 99		0,7		1,5			0,5		0,7		-0,1	0,9			1,9	-1,3				-1,1
Okt 99		0,7		1,3		2,1	0,5		0,6			1,0	0,4		1,8					-1,2
Nov 99		0,9		1,1		2,1	0,6		0,7			0,9	0,3		1,6					-1,1
Dez 99		0,7		1,1		2,0	1,2		0,9			1,0	0,6		1,9					-1,3
Jan 00	0,9	0,7		-0,5	0,8	2,1	1,7		1,2			1,0			2,0					
Feb 00	1,1	0,6		-1,0	0,5	2,0	1,4		0,9			0,8			1,7					
Mrz 00	1,7	0,9		0,2	0,5	1,9	1,6		1,1			0,8			1,6					
Apr 00	2,4	0,9		0,6		1,9	1,6		1,0			0,7			1,6					-0,9
Mai 00	2,0	1,1	0,8	0,5		2,0	1,8		1,3			0,9			1,7					-0,8
Jun 00	1,8	0,8	0,6	0,1		2,0	1,4		0,8			0,7			1,4					
Jul 00	1,4	0,7	0,3			1,8	1,9		1,2			0,7			1,8	-0,8			-0,1	
Aug 00	1,5	0,8	0,3			1,8	2,0		1,7			0,8			1,9	-0,6			-0,1	
Sep 00	1,4	0,9	0,2			1,6	1,6		1,0			0,5			1,7	-1,1			-0,1	
Okt 00	1,0	0,5	0,0				1,4		0,9		0,0	0,4			1,6	-1,0			-0,5	
Nov 00	0,9	0,8	0,0				1,9		1,2		0,4	0,8			1,9	-0,5			-0,1	
Dez 00	1,0	1,0	0,1				2,0		1,1		0,3	0,6			2,2	-0,6			-0,4	
Jan 01	0,9	0,7	0,0				1,8		0,9		0,1	0,4			1,6		0,3	0,3		
Feb 01	0,3	0,8	-0,5				1,8		1,1		0,2	0,2			1,6		1,3	0,4		
Mrz 01	0,7	0,9	-0,5				1,9		1,0		0,2	0,1			1,6		1,6	0,4		
Apr 01	0,5	0,7	-0,5				1,9		1,2			0,3			1,6	-1,3	1,5	0,2		
Mai 01	0,5	0,8	-0,2				1,7		1,0			0,2			1,5	-1,0	1,2	0,8		
Jun 01	0,5	1,0	-0,4				1,9		1,2			0,3			1,9	-0,9	1,2	0,7		
Jul 01	0,5	0,9	-0,5				2,0		1,3			0,4			2,1	-0,7	1	0,7		
Aug 01	0,5	0,8					1,3		1,0	0,7					1,9	-0,7	0,7	0,7		-0,6
Sep 01	0,4	1,1					1,6		1,1	0,7					1,8	-0,8	0,6	0,6		-0,7
Okt 01	0,7	1,4					2,5	1,4	1,2			0			2,3			0,8		-0,5
Nov 01	0,5	1,2	-0,1				1,9	0,8	0,9			-0,5			2,1			0,7		-0,1
	Mer- kel	Stoi- ber	Merz	Schä uble	Rühe	Bie- den- kopf	Schr öder	Schil y	Ei- chel	Müll er	Riest er	Schar ping	Münt efe- ring	Lafon taine	Fi- scher	Trit- tin	Kü- nast	West er- welle	Mölle mann	Gysi
Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen																				

Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen

Zufriedenheit mit Politikern

	Mer- kel	Stoi- ber	Merz	Schrö- der	Schil- y	Ei- chel	Schar- ping	Riest- er	Schm- idt	Fi- scher	Trit- tin	Kü- nast	Roth	West- er- welle	Zim- mer
Mai 00	70	51	30	57		50				70					
Jun 00	65	47	29	56		43				67					
Jul 00	60	47	26	57		45				66	22				
Aug 00	62	48	29	69		57				79		20			
Sep 00	59	45	27	64		59				73					
Okt 00	55	47	26	53		45		30		68					
Nov 00	55	45	26	58		47		30		71					8
Dez 00	51	47	28	61		48		31		71					9
Jan 01	54	47	29	62		47		32		69				42	9
Feb 01	44	46	27	64		50		34		73				40	10
Mrz 01	40	49	20	60		45		30		67	30	50		35	8
Apr 01	45	48	27	64		52				72	21	58		40	8
Mai 01	46	46	26	65		49		36		70		60		43	13
Jun 01	38	46	24	58	42	43				70		53		43	9
Jul 01	42	52	23	60		52			26	76		57		47	9
Aug 01	41	52		58		48			26	77	30	53		43	10
Sep 01	40	49		59		50	34		27	78		54		45	11
Okt 01	42	55		72	61	51	35			81			23	47	10
Nov 01	40	55			55	46	28						23	43	13

Angaben in % der Wahlberechtigten, Anteile sehr/ziemlich zufrieden; Infratest dimap